

EU-Kommission stellt Nachhaltigkeitskriterien für forstliche Biomasse vor

01. Dezember 2016

Quelle: EC/EUSTAFOR/CEPF/IHB

Besucher: 164

Fordaq

Gestern, am 30. November, hat die EU-Kommission einen Vorschlag für neue Nachhaltigkeitskriterien für forstliche Biomasse vorgestellt. Der Vorschlag ist Teil des Clean Energy Pakets der Kommission. Mit ihm soll der Anteil Erneuerbarer Energie am Energiemix bis 2030 auf 27% angehoben werden. Gleichzeitig sieht der Vorschlag Minimalkriterien für den Nachweis nachhaltiger Produktion und effizienter Nutzung von Biomasse für Transport, Wärme und Elektrizität vor.

Er sieht unter anderem vor, dass Länder, in denen die Holzernte stattfindet, eine Gesetzgebung haben, die die Holzernte regelt, und auch in der Lage sind, diese durchzusetzen. So soll gesichert werden, dass erntemengen eingehalten werden, die beernteten Flächen sich regenerieren können, Flächen von hohem Naturschutzwert identifiziert und geschützt werden, der Einfluss der Holzernte auf Bodenqualität und Biodiversität minimiert wird und die langfristige Produktionskapazität der Wälder nicht überschritten wird.

Gemäß dem LULUCF-Programm der EU soll sichergestellt werden, dass das Land oder die regionale wirtschaftliche Organisation der Herkunft des Holzes den Klimavertrag von Paris ratifiziert hat, sich gemäß der UN-Klimakonvention (UNFCCC) dazu verpflichtet hat Kohlenstoffspeicher und –senken zu erhalten oder zu vergrößern sowie ein nationales System zur Dokumentation von Treibhausgasemissionen gemäß UNFCCC und dem Pariser Klimavertrag vorhält.

So soll das Risiko einer nicht nachhaltigen Nutzung forstlicher Biomasse minimiert werden.

Die europäischen Waldbesitzer und –manager haben ihre Besorgnis über die Einführung eines neuen Nachhaltigkeitssystems für forstliche Biomasse zum Ausdruck gebracht, wie die Europäische Vereinigung der Staatlichen Waldbesitzer EUSTAFOR und die Europäische Vereinigung der privaten Waldbesitzer CEPF in einer gemeinsamen Pressemitteilung erklärten.

Die Nachhaltigkeit forstlicher Bewirtschaftung und damit auch der Gewinnung forstlicher Biomasse sei durch einschlägige Gesetzgebung und Managementsysteme ausreichend gesichert, erklärten die Waldbesitzerverbände. Biomasse sei zudem kein Treiber für die forstliche Bewirtschaftung, sondern ein Nebenprodukt höherwertiger Holzsortimente. Die Nachfrage nach Bioenergie stelle kein Risiko für die Wälder dar. Die EU-Politik müsse darauf abzielen, Wertschöpfung mit neuen Kriterien für die Biomasseproduktion zu erzielen.

Emma Berglund, Generalsekretärin des CEPF, befürchtet untragbare Belastungen für die Waldbesitzer durch die neuen Kriterien. Vor darauf müsse der Kommissionsvorschlag analysiert werden.

Piotr Borkowski, Exekutivdirektor von EUSTAFOR, sagte, gerade die europäischen Wälder seien eine Quelle natürlicher, nachhaltiger und erneuerbarer Rohstoffe. Es komme vor allem darauf an, keinen neuen fossilen Kohlenstoff in den Kohlenstoffkreislauf zu bringen. Forstliche Rohstoffe hätten ein großes Potenzial, fossile Rohstoffe zu ersetzen.

Entscheidend sei, weitere Bürokratiehürden in der Klima- und Energiepolitik zu vermeiden, so die Verbände. Denn es sei offensichtlich, dass die Nutzung heimischer erneuerbarer Energien eine bessere Option sei als die Nutzung fossiler Rohstoffe.

Veröffentliche Mitteilung